Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Kiel, 01.11.2011

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Universität Flensburg: Wirtschaftswissenschaften werden nur durch einen Gnadenakt am Leben gehalten

Zum heute von Wirtschaftsminister Jost de Jager verkündeten Beschluss des Landeskabinetts, die Wirtschaftswissenschaften an der Universität blieben erhalten , erklärt die Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion, ***Anke Spoorendonk:***

„Die Entscheidung der Haushaltsstrukturkommission, die Wirtschaftswissenschaften an der Universität Flensburg zu schließen, war ein ebenso großer Fehler wie die geplante Schließung der Universität Lübeck. Im Gegensatz zu Lübeck hat Flensburg aber heute von der Landesregierung nur einen Freispruch zweiter Klasse bekommen. Der Wirtschaftsminister hat erklärt, dass ausschlaggebend für diese politische Entscheidung allein das Engagement der regionalen Wirtschaft war und dass die Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen obsolet wird, wenn Teile dieses Engagements wegbrechen sollten. Dazu kommt, dass die Landesregierung weiterhin das Schicksal der gesamten Universität von einer Evaluation nach drei Jahren abhängig macht. Ein herzvolles Bekenntnis der Landesregierung zu r nördlichsten Universität des Landes hört sich anders an.

Die Wirtschaftswissenschaften an der Universität Flensburg sind durch die heutige Entscheidung der Landesregierung, die ab 2019 auch die Streichung

von zwei der zehn Professuren bedeutet, nicht gestärkt, sondern werden nur durch einen „Gnadenakt“ am Leben gehalten. Das ist enttäuschend. Der einzige Hoffnungsschimmer besteht darin, dass das Land hoffentlich bald eine neue Landesregierung hat, die klarsichtiger die großen strategischen Perspektiven erkennt, die in einem weiteren Zusammenwachsen der Hochschulen in Flensburg und in einer noch weiteren Verschränkung mit den dänischen Partnerhochschulen bestehen.

Gerade angesichts der Bundeswehrreform, die im Norden des Landes besonders brutale Auswirkungen haben wird, braucht der Norden eine starke regionale Universität mit guten Wirtschaftskompetenzen, die einen essentiellen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in der Region leisten kann. Dass die Landesregierung aber nur von Einsparpotenzialen spricht, zeigt, wie wenig sie sich darum schert.“